

Konrad Adenauer, Erinnerungen

Legende: Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer erinnert sich an die Unterredung mit dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle über den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft bei seinem Staatsbesuch in Frankreich vom 2. bis 8. Juli 1962.

Quelle: ADENAUER, Konrad. Erinnerungen (1959-1963). 3. éd. Stuttgart: Deutsche Verlags Anstalt, 1983. 375 S. ISBN 3-421-01473-6. p. 165-167.

Urheberrecht: (c) Konrad-Adenauer-Stiftung e. V

URL: http://www.cvce.eu/obj/konrad_adenauer_erinnerungen-de-def2bd43-9ca2-44f3-8oef-d664ec6f43a6.html

Publication date: 24/11/2015



Konrad Adenauer, *Erinnerungen*

[...]

Nach meiner Ansicht müsse man die Frage des britischen Beitritts unter folgenden zwei Gesichtspunkten ganz realistisch prüfen :

1. Welches sind die Auswirkungen auf die Wirtschaft der Sechs, und
2. ist nicht der Apparat von Brüssel untauglich, wenn England und sein Gefolge beitreten, und wird nicht dadurch das bisher Erreichte gefährdet ?

De Gaulle warf ein, daß eine solche Gefahr bestehe.

Ich fuhr fort : Im wirtschaftlichen Bereich spielten die Commonwealth-Länder eine Rolle, und außerdem stelle die englische Kohle ein schweres Problem für die Bundesrepublik dar. Der Beitritt Großbritanniens in die EWG erfordere reifliche Überlegung. Man dürfe einen englischen Beitritt nicht einfach mit dreimaligem Hurra beschließen.

Eine weitere Schwierigkeit sei die Währungsfrage, da das englische Pfund im Sinken begriffen sei. Aus diesem Grund hätten sich fünf der sechs Notenbank-Präsidenten, soweit ich orientiert sei, gegen einen britischen Beitritt ausgesprochen. Außerdem gebe es noch einige andere Probleme.

Alle diese Fragen müßten gründlich und realistisch geprüft werden. Erst dann könne man entscheiden, ob ein englischer Beitritt gut oder nicht gut wäre. Auch als Engländer würde ich mir diese Frage reiflich überlegen. Das britisch-amerikanische Verhältnis und insbesondere das Einvernehmen zwischen Macmillan und Kennedy sei so eng, wie es unter Eisenhower nie gewesen sei.

Nicht nur die Währungsfrage, das Kohleproblem und die Commonwealth-Schwierigkeiten seien noch nicht gründlich geprüft worden, sondern auch die Frage des Stimmenverhältnisses in der EWG und der Montanunion müßte genau geklärt sein. Ferner die Frage, ob es nach erfolgtem Beitritt Englands möglich sein werde, die anderen europäischen Staaten außerhalb der EWG noch etwas warten zu lassen oder ob England dann sofort erklären werde, daß die anderen unverzüglich in die EWG aufgenommen werden müßten. Jedenfalls seien die Probleme viel größer, als viele Leute heute glaubten.

Ich gab de Gaulle davon Kenntnis, daß ich eine Kabinettskommission eingesetzt hatte, die alle diese Fragen prüfen sollte, weil davon die Zukunft des bisher Erreichten entscheidend beeinflußt würde. Man dürfe die ganze Angelegenheit nicht nur mit dem Blick auf die Konservative Partei sehen, sondern man müsse sie betrachten vom eigenen Standpunkt her und im Verhältnis zu dem, was heute die EWG sei.

Das Ergebnis der sorgfältigen Prüfung dieser Kabinettskommission lasse sich jetzt noch nicht voraussagen. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß nach einem Beitritt Großbritanniens die EWG ihren Charakter vollkommen ändern werde.

Im übrigen, so erklärte ich de Gaulle, sei ich der Meinung, daß nirgends geschrieben stehe, daß alle Mitglieder der EWG auch notwendigerweise Mitglieder der politischen Union sein müßten. Bei Schaffung der EWG habe niemand die jetzige Entwicklung im Auge gehabt. Schon Schuman habe eine Einladung an England zur Teilnahme an der Montanunion ergehen lassen, die abgelehnt worden sei.

Was die parteipolitische Entwicklung in Großbritannien anbelange, so habe mir Paul Reynaud, der im übrigen meine Auffassung zur Englandfrage teile, vor kurzem gesagt, daß nach seiner Meinung die Labour Party und die Liberalen bei den nächsten Wahlen an Stimmenzuwachs gewinnen würden und sich für die Konservativen daran nichts ändern werde, ob nun ein Beitritt zur EWG erfolgt sei oder nicht. Alle bisherigen Nachwahlen hätten mit einem Mißerfolg der Konservativen geendet.

De Gaulle bemerkte, die Interessen Deutschlands und Frankreichs in dieser Frage seien so groß, daß eine

Entscheidung nicht nur mit dem Blick auf die englischen politischen Interessen getroffen werden könne. Er fragte mich, was man nach meiner Ansicht tun solle, um diese Frage überhaupt erst einmal in die Hand zu nehmen. Man habe Verhandlungen mit England nicht von vornherein abgelehnt. Dadurch sei man in Sachverständigengespräche, Konferenzen und manchmal auch Ministertagungen hineingezogen worden, die die Dinge wie immer unter einem kleinen Gesichtswinkel behandelten, aber nie die großen Zusammenhänge berücksichtigten. Die Regierungen hätten bisher die ganze Englandfrage nie wirklich geprüft. Man habe sich auf die Gemeinschaft verlassen, das heißt auf die EWG ; aber das bedeute die Sachverständigen, manchmal die Minister, niemals aber die Regierungen. Die allgemeine und politische Bedeutung für unsere Länder sei aber so groß, daß es bedauerlich sei, daß diese Dinge nie untersucht worden seien.

Ich teilte die Auffassung de Gaulles, daß man die Behandlung dieser Frage nicht den Sachverständigen überlassen dürfe. Ich wiederholte, man müsse die ganze Frage auch unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob das Werk der EWG nicht schweren Schaden erleiden werde. Qui trop embrasse, mal étreint. Das sei die Gefahr jeder Bürokratie. Die Kommission umfasse bereits 2 100 Beamte und Angestellte. Hinzu kämen alle die neuen Aufgaben einschließlich der Verhandlungen mit Amerika. Ich glaubte nicht, daß der Apparat alles dies bewältigen könne.

De Gaulle meinte, ich würde jetzt zweifellos verstehen, warum französischerseits in allen Entwürfen für die politische Union vorgeschlagen worden sei, daß die Regierungen und insbesondere die Regierungschefs auch Wirtschaftsfragen in die Hand nehmen sollten, - natürlich nur in allgemeiner Form -, weil ja die Wirtschaft unumstößlich das Schicksal der Länder betreffe und damit von großer politischer Bedeutung sei.

Der englische Beitritt, diese große Frage, die nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische Schicksal der Völker berühre, sei bisher von den Regierungen nie gemeinsam geprüft worden. Wenn es zu einer Tagung in Rom komme, sollten die Regierungschefs nach seiner Überzeugung nach entsprechender Vorbereitung auch diese Frage untersuchen.

Als die EWG gegründet worden sei, sei sie rein wirtschaftlich und ohne den notwendigen « politischen Kopf » geschaffen worden. Dies sei aber nicht möglich. Frankreich habe daher vorgeschlagen, Wirtschaft und Politik in einen großen Zusammenhang zu stellen.

Hinsichtlich der britischen Beitrittsverhandlungen laufe man immer Gefahr, mit wirtschaftlichen Beschlüssen politische Tatbestände zu schaffen.

Das Gespräch mit de Gaulle endete mit der Feststellung, daß Einigkeit darüber bestehe, die Regierungschefs der sechs EWG-Staaten möglichst bald in Rom zu versammeln, um über die politische Union zu beraten.

[...]